

## Haushaltsrede 2020

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Stadtverordnete, liebe Vertreter der Presse, verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

in diesem Jahr möchte ich meine Haushaltsrede einmal nicht mit Zahlen, sondern mit einer Videobotschaft des deutschen Astronauten Alexander Gerst von seiner Mission im All am 25.11.2018 beginnen. Er hat folgendes unter dem Titel „Nachricht an meine Enkelkinder“ gesagt:

„Im Moment sieht es so aus als ob wir, meine Generation, euch den Planeten nicht gerade im besten Zustand hinterlassen werden.

Im Nachhinein sagen natürlich immer viele Leute sie hätten davon nichts gewusst, aber in Wirklichkeit ist es uns Menschen schon sehr klar. dass wir im Moment den Planeten mit Kohlendioxid verpesten, dass wir das Klima zum Kippen bringen, dass wir Wälder roden, dass wir die Meere mit Müll verschmutzen, dass wir die limitierten Ressourcen viel zu schnell verbrauchen und dass wir zum Großteil sinnlose Kriege führen.

Und jeder von uns muss sich da an die eigene Nase fassen und sich überlegen wohin das gerade führt. Ich hoffe sehr für euch, dass wir noch die Kurve kriegen und ein paar Dinge verbessern können und ich würde mir wünschen, dass wir nicht bei euch als die Generation in Erinnerung bleiben, die eure Lebensgrundlage egoistisch und rücksichtslos zerstört hat.

Ich bin mir sicher, dass ihr die Dinge sehr viel besser versteht als meine Generation und wer weiß, vielleicht lernen wir ja auch noch was dazu. Dass ein Blick von außen immer hilft. Dass dieses zerbrechliche Raumschiff Erde sehr viel kleiner ist als die allermeisten Menschen sich das vorstellen können. Wie zerbrechlich seine Biosphäre ist und wie limitiert seine Ressourcen. Dass es sich lohnt, mit seinen Nachbarn gut auszukommen. Dass Träume wertvoller sind als Geld. Und dass man ihnen eine Chance geben muss. Dass Jungen und Mädchen Dinge genauso gut können, aber dass doch jeder von euch eine Sache hat, die er besser kann als alle Anderen. Dass die einfachen Erklärungen oft die falschen sind und dass die eigene Sichtweise immer unvollständig ist. Dass die Zukunft wichtiger ist als die Vergangenheit und dass man niemals ganz erwachsen werden soll. Dass Gelegenheiten immer nur einmal kommen. Und dass man für Dinge, die es wert sind, auch mal ein Risiko eingehen muss. Dass ein Tag an dem man was Neues entdeckt hat, über seinen Horizont hinaus geschaut hat, ein guter Tag ist.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Ausführungen von Alexander Gerst ist nicht viel hinzuzufügen. Natürlich sollten wir dies zum Anlass nehmen, über unser Tun und Handeln nachzudenken und verantwortungsvoll unsere Aufgaben als Politiker und Entscheidungsträger wahrzunehmen. Wir können als Geilenkirchener nicht Deutschland

retten und Deutschland nicht die Welt, aber wir können mit gutem Beispiel voran gehen und damit unseren Beitrag für die nachfolgenden Generationen leisten.

Was ich mir bei der Diskussion zu diesem wichtigen Thema für unsere Zukunft aber sehnlichst wünsche, ist Ehrlichkeit. Ich habe immer wieder den Eindruck, wir werden als Ottonormalbürger nicht richtig aufgeklärt. Oft geht es den Beteiligten nur um wirtschaftliche Interessen oder um Macht. Macht, Recht zu bekommen, ohne vielleicht Recht zu haben. Ich halte nicht viel von plakativen Anträgen, den Klimanotstand ausrufen zu wollen. Wer dies tut, muss bedingungslos Taten folgen lassen und wirklich ALLES dem Notstand unterstellen.

Der Begriff der Nachhaltigkeit wird in diesem ökologischen Zusammenhang gerne benutzt. Nachhaltig zu sein bedeutet aber auch, den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg, sondern solide Finanzen und eine funktionierende Wirtschaft mit ausreichend Arbeitsplätzen zu hinterlassen. So muss die ökologische Nachhaltigkeit immer auch im Zusammenhang mit der ökonomischen Nachhaltigkeit gesehen werden. Zum Nulltarif wird es Klimaschutz nicht geben können. Dieser Aspekt wird in der momentanen, hitzigen Diskussion häufig völlig außer Acht gelassen. Hier gilt es eine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu finden – erst recht in Zeiten einer sich eintrübenden Konjunktur- und Finanzlage.

Auf der einen Seite braucht die Stadt eine auskömmliche Gemeindefinanzierung und verlässliche Steuereinnahmen. Auf der anderen Seite müssen wir durch eine sparsamere Haushaltsführung und strikte Ausgabendisziplin unseren finanziellen Gestaltungsspielraum optimal nutzen.

Nach einem Jahresüberschuss von 97.289,34 € im Jahr 2017, einem Überschuss 2018 von 536.392,13 € und einem voraussichtlich noch höheren Überschuss im Jahr 2019 kehrt im Jahr 2020 die Ernüchterung in den städtischen Haushalt zurück. Obschon die Erträge um vier Prozent auf rund 72 Millionen Euro steigen, steigen die Aufwendungen in einem noch stärkeren Maße, nämlich um 4,5 Prozent auf rund 74 Millionen Euro an, was zu einem geplanten Fehlbetrag für das Jahr 2020 in Höhe von zwei Millionen Euro führt. In den Folgejahren kann zwar von einer Reduzierung des Fehlbetrages ausgegangen werden, ein ausgeglichener Haushalt ist aber nicht mehr in Sichtweite.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Ertragsseite. Die Steuern und Abgaben entwickeln sich weiterhin positiv, wenngleich die Steigerungsraten der vergangenen Jahre nicht mehr erreicht werden können. Man bleibt hinter den Erwartungen der früheren Steuerschätzungen zurück. Unseren Bürgern freue ich mich mitteilen zu können, dass sie auch im kommenden Jahr konstante Grundsteuern und Gebühren erwarten können. Die Hebesätze der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer bleiben unverändert unterhalb des Durchschnitts der Kommunen im Kreis Heinsberg.

Die vom Land gewährten Schlüsselzuweisungen steigen um rund 800.000 € gegenüber dem Vorjahr auf nun 11,8 Millionen Euro an. Erfreulich ist dabei, dass wir unsere Steuerkraft

gegenüber dem Vorjahr steigern konnten, weiterhin einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen haben und sich der Soziallastenansatz, also die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, verringert hat.

Ein immer steigender Bedarf an Betreuungsplätzen, auch zurückzuführen auf einen Anstieg der Geburtenzahlen, erfordert einen stetigen Ausbau der KITA-Plätze. Im kommenden Jahr werden wir die neuen Kindertagesstätten an der Realschule, die es im Übrigen auf das Cover des gedruckten Haushaltsplanes geschafft hat, sowie in der ehemaligen Vereinsstätte in Beeck eröffnen dürfen. Darüber hinaus wird die städtische Kindertagesstätte in Bauchem erweitert und wir befinden uns in Gesprächen mit einem freien Träger für eine noch zu schaffende Kindertagesstätte im Neubaugebiet Hünshoven. Die Landesregierung hat beschlossen, dass Eltern ab dem Kita-Jahr 2020/2021 für die beiden letzten beiden Kita-Jahre vor der Einschulung keine Kita-Beiträge mehr bezahlen müssen. Die weggefallenen Benutzungsgebühren will das Land den Kommunen erstatten. Möglich wird die zusätzliche Finanzspritze des Landes auch durch das Gute-Kita-Gesetz des Bundes. Ich begrüße diese Entscheidung der Landesregierung ausdrücklich, bringt sie doch Entlastung bei den Familien. Bleibt nur zu hoffen, dass die Kommunen auch den vollen Ausgleich durch das Land bekommen und nicht mit weiteren Belastungen belegt werden, wenn die finanziellen Mittel des Landes sich verschlechtern sollten. Ich stelle allerdings auch fest, dass der Aufwand durch die weiteren neuen Kindergartenprojekte in den nächsten Jahren deutlich steigen und die finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt einschränken wird. Bereits in diesem Jahr trägt die Stadt für den Betrieb der eigenen und freien Kindertagesstätten ein Gesamtdefizit von rund 4,2 Millionen Euro. In den nächsten Jahren wird dieses Defizit weiter ansteigen und 2023 einen Wert von rund 4,6 Millionen Euro erreichen. Schon daran können Sie erkennen, dass die komplette Abschaffung der Kindergartenbeiträge ein trügerisches Signal wäre.

Vor kurzem hat uns das Land eine Zuweisung für Integrationsmaßnahmen nach dem Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Höhe von 534.000 Euro für die Jahre 2019 und 2020 bewilligt. Dass das Land die Integrationspauschale – hoffentlich auch zukünftig – vollumfänglich weiterleitet ist ein Schritt in die richtige Richtung. Negativ zu vermerken ist aber die Tatsache, dass es bislang leider nicht gelungen ist, das Land zu einer längeren Übernahme der Kosten für die geduldeten Flüchtlinge zu bewegen. Wir kritisieren dies seit nunmehr zwei Jahren. Die ablehnende Haltung der Landesregierung führt dazu, dass wir 49% der Integrationspauschale zur Deckung der durch diese Personengruppe verursachten Kosten in Anspruch nehmen werden. Welche enorme Last und Sprengkraft hierdurch im städtischen Haushalt liegt, zeigt die Tatsache, dass bereits 76 der aktuell 176 in Geilenkirchen lebenden Flüchtlinge Geduldete mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als drei Monaten sind – Tendenz steigend.

Auch die Höhe der Landeserstattung für Unterkunft und Lebensunterhalt der Flüchtlinge erreicht nicht das gutachterlich festgestellte Niveau. Seit einem Jahr liegt der Landesregierung ein von ihr beauftragtes Gutachten vor, in dem die realen Kosten pro Flüchtling und Jahr ermittelt wurden. Demnach muss eine NRW-Kommune für die

Versorgung und Unterbringung pro Jahr und Flüchtling im Durchschnitt 12.900 € aufwenden. Vom Land werden aktuell aber nur 10.400 € erstattet und damit 2.500 € pro Flüchtling und Jahr weniger als tatsächlich nach dem Gutachten benötigt.

Wiederrum erwarten wir auch Mehraufwendungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung. Hier zeichnen wir eine gesellschaftliche Entwicklung nach, die mir große Sorgen bereitet. Insbesondere im Bereich der Heimerziehung haben wir Mehraufwendungen in Höhe von 800.000 € gegenüber dem Vorjahr zu stemmen. Dabei haben sich nicht nur die Fallzahlen in der Heimunterbringung erhöht, sondern auch die Kosten pro Heimplatz. Dies sind Kosten, auf denen die Kommune weitestgehend keinen Einfluss hat.

Unsere Personalaufwendungen erreichen im nächsten Jahr mit rund 18,1 Millionen Euro einen neuen Höchststand. Ich bitte jedoch die Ratsfraktionen, hier differenziert hinzuschauen und diese Entwicklung nicht vorschnell zu kritisieren. Gegenüber dem Stellenplan 2019 mussten für die neuen Kindertagesstätten zehn neue Erzieherstellen geschaffen werden. Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der freiwilligen Feuerwehr ist ein zusätzlicher Gerätwart erforderlich. Für die Betreuung der steigenden Fallzahlen in den bereits angesprochenen Hilfen zur Erziehung ist eine weitere Sozialarbeiterstelle im Allgemeinen Sozialen Dienst erforderlich. Darüber hinaus wird zusätzlich eine Gärtnerstelle im Stadtbetrieb benötigt um den wachsenden Aufgaben im Grünpflegebereich nachzukommen. Mir ist daran gelegen, dass das Erscheinungsbild im Stadtgebiet spürbar verbessert wird. Daher haben wir auch den Ansatz für die Grünflächenpflege im kommenden Haushaltsjahr um 90.000 € angehoben. Darüber hinaus wird der Aufwand für die Grünflächenpflege durch den Beschluss des Umwelt- und Bauausschusses vier neue Bäume für einen gefälltten Baum zu pflanzen nicht weniger.

Kritisch sehe ich auch die Geschwindigkeit und die Häufigkeit mit der der Rat die Erarbeitung und Umsetzung neuer Konzepte beschließt. Beispielhaft seien das Konzept zur Bekämpfung der Auswirkungen von Starkregenereignissen, das Wirtschaftswegekonzzept, das Parkraumkonzept, welches zu einem Verkehrskonzept erweitert wurde und das Radfahrkonzept genannt. Der Bürger erwartet nicht nur Konzepte, sondern irgendwann auch die Umsetzung der im Konzept genannten Maßnahmen, was natürlich weitere Arbeit mit sich bringt und immense Kosten verursachen wird. Hier ist Augenmaß gefragt. Es wird finanziell und personell nicht möglich sein, alle Konzepte gleichzeitig auszuarbeiten und umzusetzen. Hier wird der Rat ehrlich entscheiden müssen, welches Konzept von besonderer Wichtigkeit ist und welches Konzept vielleicht auch auf spätere Jahre verschoben werden muss. Schon die *Entwicklung* der Konzepte belastet den Haushalt im kommenden Jahr mit rund 400.000 Euro.

Positives gibt es dagegen bei der Krankenhausumlage und beim Fonds Deutsche Einheit zu vermelden. So sinken die Aufwendungen bei der Krankenhausumlage um rund 150.000 € gegenüber dem Vorjahr und der Fonds Deutsche Einheit fällt ab dem kommenden Jahr komplett weg. Die Ersparnis gegenüber dem Vorjahr liegt bei rund 700.000 €. Auch unsere Zinsaufwendungen können wir im kommenden Jahr erneut um 127.000 € auf nur noch

384.000 € senken. Unser Schuldenstand wird zum Jahresende ein historisches Tief erreichen und bei rund 16,4 Millionen Euro liegen.

Leider wird dieser Tiefstwert nicht zu halten sein. Schon im kommenden Jahr werden wir rund 20 Millionen Euro in unsere Infrastrukturen und Gebäude investieren; auch das ist ein neuer Höchstwert in der Geschichte unserer Stadt. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch die dafür erforderliche Kreditaufnahme in Höhe von rund 9,6 Millionen Euro.

Schwerpunkte unserer Investitionstätigkeit liegen in der Umsetzung des Programms Gute Schule 2020, dem Bau einer Turnhalle in Gillrath, dem Bau zweier Kindertagesstätten, eines Bürgerhauses in Teveren, sowie verschiedenen Brandschutzmaßnahmen in Grundschulen. Zusätzlich wird im Tiefbaubereich in den Ausbau von Straßen und in die Erneuerung bzw. Erweiterung der Kanalisation investiert. Ferner wird das vom Rat beschlossene Sportstättenentwicklungskonzept weiter umgesetzt. Ein Großprojekt ist nach wie vor auch die Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Neu-Teveren. Hinzu kommt der Grunderwerb und die Erschließung für die Erweiterung des Gewerbegebiets Niederheid. Mit dem neuen Digitalpakt für die Schulinfrastruktur soll jeder Klassenraum in jeder Schule mit einer digitalen Tafel ausgestattet werden.

Damit möchte ich zurückkommen auf den eingangs in meiner Rede erwähnten Klimaschutz. Denn auch dieser findet im vorgelegten Haushaltsplan eine Berücksichtigung.

So ist geplant, auf dem Gebäude der neuen Kindertagesstätte an der Realschule eine Photovoltaikanlage zu installieren. An den Bahnhöfen in Lindern und Geilenkirchen werden abschließbare Fahrradboxen aufgebaut, um den Umstieg vom Fahrrad auf den ÖPNV zu erleichtern. In der mittelfristigen Finanzplanung ist die Umgestaltung des zentralen Bushofs am Bahnhof enthalten, auch dies mit dem Ziel einer Attraktivitätssteigerung für den ÖPNV. In diese Kerbe schlägt auch die Ausstattung von P&R Parkplätzen mit smarter Detektion, die dem Bürger ermöglichen wird, per App nachzuschauen, ob ein Pendlerparkplatz ausgelastet ist. Am Schul- und Sportzentrum in Bauchem soll mit den Planungen für den Bau eines Blockheizkraftwerkes begonnen werden und in der GGS Gillrath soll die alte Heizung durch moderne Technik ersetzt werden. Für die Verwaltung ist der Ersatz zweier Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren durch batterieelektrische Fahrzeuge vorgesehen. Darüber hinaus führen wir in den Schulen ein Klimaschutzprojekt durch und ein Klimaschutzmanager wird wieder Einzug ins Rathaus halten.

Sehr geehrte Stadtverordnete,

ich bin überzeugt davon, dass dieser Haushaltsplan die richtige Mitte findet zwischen Investitionen in den Klimaschutz und finanzieller Solidität. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung zum vorgelegten Zahlenwerk.

Last but not least möchte ich allen Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Erarbeitung des Haushaltes mitgewirkt haben, meinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen.